

„Sei menschlich“,
sagte einer zum Stein.
„Dazu bin ich nicht hart
genug“,
sagte der Stein.
Bertolt Brecht

„Nur wer arbeitet, soll
auch essen.“
Franz Müntefering

Perspektiven

Perspektive-Newsletter, www.uwestrass.de, Ausgabe 05/2007

„Nur wer arbeitet, soll auch essen.“

In Speyer verhungert ein Hartz IV – Empfänger:
Fördern und fordern bis zum Tod?

„Nur wer arbeitet, soll auch essen“ zitiert die Zeit am 10.05.2006 den Arbeitsminister Franz Müntefering. (Quelle: <http://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner> Recherche 03.05.2007). In Speyer ist die münteferingsche Forderung auf schreckliche und zynische Art und Weise Realität geworden. Mitten in einer übersichtlichen kleinbürgerlichen Stadt, in der fast an jeder Ecke ein Schild den Sitz einer kirchlichen, sozialen oder caritativen Institution ankündigt, ist ein 20-jähriger HartzIV-Empfänger Monate nach der Streichung der Leistungen verhungert. Der lernbehinderte junge Mann nahm anberaumte Termine nicht mehr wahr, zu verordneten Untersuchungen erschien er nicht, Stück für Stück wurden die Leistungen gestrichen und am Ende ganz eingestellt. Er lebte bei seiner Mutter, die ebenfalls keine Leistungen mehr bezog, da sie keinen weiteren Antrag stellte.

(Quelle: www.epd.de/sozial/sozial_index_49242.html Recherche 3.05.2007) Das Geld blieb aus und scheinbar sozial isoliert, begann ein langer Weg des Hungerns und Verhungerns, der Sohn wurde im April dieses Jahres tot aufgefunden, die Mutter wurde mit Anzeichen für Unterernährung ins Krankenhaus eingeliefert.

Eine Mischung aus Schock, Trauer, Unfassbarkeit und Entsetzen bringt mich zum Stocken. „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ In einer Zeit, in der wir alle wissen, dass es jetzt

und in Zukunft keine Vollbeschäftigung, zumindest keine um den Preis menschenwürdiger und gerecht entlohnter Arbeit mehr geben wird, gibt Müntefering vor: „Nur wer arbeitet, soll auch essen“. Es fällt schwer, gegen diesen unfassbaren Zynismus eines satten Arbeitsministers Fragen aufzuwerfen, sich in die leider kaum wahrnehmbare gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Entsetzt und unbeholfen ohnmächtig möchte man diesem satten Sozialdemokraten zurufen: „Wer so satt ist, sollte den Mund halten!“. Doch das macht weder

den toten Mann lebendig und ist auch kein sachlicher hilfreicher Einwurf in die notwendige Diskussion eines fragwürdigen Systems des „Fördern und Fordern“. Politisch wird vorgegeben, was jemand tun muss, damit er Leistungen bekommt. Nur wenn er oder sie ein bestimmtes Verhalten zeigt, wird „geholfen“ durch Leistungen und seltener durch Quali-

fizierung, wie die regelmäßigen Einsparmeldungen der Arbeitsagenturen belegen. Gefordert wird eine Stellensuche nach den vorgegebenen Spielregeln, die Bereitschaft, Tätigkeiten anzunehmen, die entsprechend der politischen Vorgaben als zumutbar gelten. Wer arbeitslos wird, bekommt die entsprechenden Informationsbroschüren ausgehändigt und hat diese so zu akzeptieren. Eine Diskussion der Spielregeln und Erwartungen ist nicht



Eine Vision?

vorgesehen. Politisch schönfärbend nennt man das „Fördern und Fordern“.

Doch dieser Tod macht in extremer Art und Weise deutlich, dass sich diese beiden Ansätze, „Fördern und Fordern“, „Helfen und Kontrollieren“ nicht in einer Hand, quasi in der Hand einer Fallmanager/in zusammenführen lassen. Fordern bedeutet, eindeutige Erwartungen zu stellen, die erfüllt werden müssen. Dies wird überprüft und das Ergebnis der Prüfung entscheidet über die Auszahlung der Leistungen oder die Einstellungen dieser. Die Mitarbeiter/innen der Arbeitsagenturen und die Fallmanager/innen werden so zu Kontrolleuren. Hilflös erklärt der zuständige Bereichsleiter des Fallmanagers zum Hungertod des Arbeitslosen: „... rechtlich haben wir uns nichts vorzuwerfen.“ (Quelle: Rheinpfalz 3.05.2007).

Und er hat Recht. Letztendlich haben diese die von der Politik vorgegebenen Spielregeln umzusetzen und bei Nichteinhaltung entsprechende Sanktionen auszusprechen. In diesem System werden sie selbst zu Kontrollierten, die Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen müssen und die jederzeit selbst überprüft werden können, ob sie entsprechend „fördern und fordern“.

Helfen und Fördern allerdings verlangt eine entsprechende gleichwertige Beziehung, in der die Hilfesuchenden ihre Situation offen und vertrauensvoll darstellen, um gemeinsam mit Fachleuten an der Lösung arbeiten zu können. Da geht es dann nicht nur um korrekte Bewerbungsschreiben. Da kommen nicht selten persönliche Probleme und Fragestellungen auf den Tisch: von der Mobbing-Erfahrung bis hin zur Verarbeitung des Traumas, nach jahrzehntelanger Arbeit für ein Unternehmen entlassen worden zu sein, von der Perspektivlosigkeit, die sich über Jahre der

Stellensuche aufgebaut hat bis hin zu dem Verlust von Strukturen durch Langzeitarbeitslosigkeit. Hilfe verlangt hier zunächst ein gemeinsames Zusammenarbeiten, in der der Hilfesuchende und seine Erfahrungen, seine Perspektiven im Mittelpunkt stehen. Doch wenn die Fallmanager/in in einer Person Hilfe anbieten und Verhalten kontrollieren soll, kommt sie unweigerlich in einen unauflösbaren Konflikt, die Hilfesuchende rutscht in eine ohnmächtige Rolle. In keinsten Weise kann man von einer

gleichwertigen Arbeits-Beziehung sprechen. Denn die Problemdefinitions-, Entscheidungs- und Sanktionsmacht liegt klar verteilt auf der Seite der kontrollierenden Helfer/in. Diese geballte Macht produziert leicht Ohnmacht, schafft Rollenverteilungen, in denen es schwer werden kann, auf Dauer selbstbewusst und selbstverantwortlich nach Arbeit zu suchen. Nicht nur deshalb geht mit der Arbeitslosigkeit häufig ein schleicher Prozess der Selbstentwertung einher. Und damit entsteht eine Abwärtsspirale, die das zunehmend unmöglich

macht, was man von den Arbeitssuchenden fordert: sich und ihre Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich anzubieten.

In einem Selbstversuch testeten Kirchenmitglieder in Hannover das Leben unter Bedingungen von Hartz IV. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass ein Leben unter diesen Bedingungen fast zwangsweise in die soziale Isolation führt. So strichen die Probanden als erstes soziale Kontakte wie z.B. Treffen mit Berufskolleg/innen, Frührschoppen und andere soziale Ereignisse, weil weder die Fahrkarte noch die Getränke in der Kneipe bezahlbar waren. (Quelle: http://www.lichtblick99.de/ticker2403_07.html

Recherche 3.05.2007). Soziale Isolation verschärft aber



Haus der Zukunft - nur für Überflieger?

noch einmal den beschriebenen Prozess der Selbstbewertung. Kommen Faktoren wie Lernbehinderung oder psychische Erkrankungen hinzu, sei die Frage erlaubt, ob hier überhaupt noch ein Befolgen der vorgegebenen Erwartungen und Spielregeln möglich ist. Die Befolgung dieser Spielregeln verlangt nämlich ein gewisses Maß an Selbstorganisation, Selbstbewußtsein (im Bewerbungsprozess), Zielorientierung, Wissen und Zugang zu den entsprechenden Ressourcen, von der Tageszeitung bis zum Internet, von der Fähigkeit sich entsprechend präsentieren zu können bis hin zu einer entsprechenden körperlichen Verfassung. Was aber, wenn das nicht mehr gegeben ist? Was aber, wenn die Betroffenen Verhaltensweisen entwickeln, die aus ihrer Perspektive scheinbar Sinn machen, von außen betrachtet aber einen „eigensinnigen“ Eindruck machen?

Im Fall des in Speyer verhungerten Arbeitslosen waschen alle Beteiligten ihre Hände mit Betroffenheit in Unschuld. So erklärt der Pfarrer, bei dem die Mutter Monate zuvor für einen Euro die Stunde arbeitete, dass er ihr geholfen hätte, wenn sie nur an seine Tür geklopft hätte. Der zuständige Bürgermeister zeigt sich tief betroffen, um dann auch für die Stadt und ihre Dienste jegliche Verantwortung von sich zu weisen. „Es ist soweit gekommen, weil beide, ... sich in keinster Weise nach außen wandten.“ Er appelliert an die Nachbarn, im Falle einer Notlage Meldung zu machen. (Rheinpfalz, 25.04.2007). Eine der Auswirkungen von Hartz IV ist wie die Probanden aus dem Selbstversuch schilderten, soziale Isolation. Nachdem man dann die Rest-Arbeitskraft genutzt hat - wohlgemerkt für ein Euro die Stunde - nach dem Hungertod des jungen Mannes und der Unterernährung der Mutter, wirft man diesen beiden den sozialen Rückzug vor. Das ist dann an Zynismus nur noch durch die bereits vielzitierten Worte von Müntefering zu überbieten.

Die Hilfesuchenden haben sich gefälligst den Möglichkeiten der vermeintlichen Helfer/innen anzupassen und nicht umgekehrt. Die Problemursachen sind somit definiert, die Schuldfrage geklärt und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Diskussion abebbt. In den

nächsten Wochen wird wohl noch der ein oder die andere Nachbar/in bei der Stadt anrufen. Die fachliche und die politische Dimension dieses Falles wird dann vermutlich keine Rolle mehr spielen. Stattdessen wird Müntefering weiter daran arbeiten, dass nur der Essen bekommt, der arbeitet.

Als einen bedenkenswerten Lösungsansatz diskutieren einige im Moment das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (Zur Vertiefung: http://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen Recherche 12.05.2007). Die von allerlei prominenten Persönlichkeiten vorgetragene Idee (u.a. Götz Werner, Gründer der DM-Drogeriekette) bietet eine politische und eine fachliche Lösung. Politisch versucht dieser Ansatz Antworten zu finden, auf die Fragen, die aus dem Umstand resultieren, das die Zeiten der Vollbeschäftigung vorbei sind (auch wenn es vielen Realpolitiker/innen schwer fällt dies zu akzeptieren). Fachlich würde er die fragwürdige Verknüpfung von Hilfe und Kontrolle aufspalten. Leistungen sind dann nicht mehr an Bedingungen geknüpft, die Kontrolle von Menschen und deren Verhaltensweisen würde entfallen, die demütigende und demotivierende Seite dieses Systems würde ein Ende finden. Hilfe wäre dann bedingungslos möglich. Verwiesen die Fallmanager auf die Vorgaben, die sie daran hinderten, bedingungslos zu helfen (und zum Beispiel einen Hausbesuch vorzunehmen), würden diese Hürden entfallen. Wie hätte sich wohl die Situation dieses jungen Mannes und seiner Mutter entwickeln können, wenn zum einen es eine existenzielle Grundsicherung ohne Bedingungen gegeben hätte und Helfer/innen ohne Vorgaben hätten helfen dürfen?

Siehe auch: Straß, Uwe: Irgendwie ist Herr Müller doch gestört! in „Sozialmagazin 29 Jahrgang, 3/2004“. Am Beispiel einer Beratung eines Arbeitssuchenden werden die Unterschiede der beiden Kontexte „Hilfe und Kontrolle“ und die Gefahren der Vermischung aufgezeigt.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit!

Ihr Uwe Straß

Link zu diesem Newsletter:

<http://www.uwestrass.de/newsletter-05-2007.pdf>